

INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

130/26

KLIMAWANDEL

Südostafrika
überschwemmt

POLITSTREIT ZAMBIA

Staatsbegräbnis?

PAPST IN ANGOLA

Gegen Sklaverei
und Rüstung

TOURISMUS

Politische Stadtführungen in Windhoek



SADOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADOCC

- » Dokumentation und Bibliothek in
1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1
(Öffnungszeiten auf Anfrage)
Tel. 01/505 44 84
Fax 01/505 44 84-7
www.sadocc.at
- » das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA
- » monatliche Veranstaltungen: »Forum Südliches Afrika«
- » Stadtspaziergänge »Afrikanisches Wien«
- » Lesezirkel Afrikanische Literatur (alle zwei Monate)
- » Radio INDABA bei Radio Orange 94.0: alle Sendungen nachzuhören unter www.sadocc.at/radio-indaba-archiv
- » Nelson Mandela-Tag jeden 18. Juli

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 50,- sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten. Das Abonnement von INDABA kostet EUR 24,-. Abos, Mitgliedsbeiträge und Spenden bitte auf unser Konto bei der BA-CA, IBAN AT57 1200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW.

Elfriede Pekny-Gesellschaft

Die *Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies* in Österreich (benannt nach der Ende 2004 verstorbenen SADOCC-Generalsekretärin) ist der wissenschaftliche Arm von SADOCC.

Letzte Buchveröffentlichungen: *Begegnung Südliches Afrika – Arbeit und Leben global gedacht*. Reader zum gleichnamigen Projekt (Segal Hussein), *Geschichte der Anti-Apartheid-Bewegung in Österreich* (Bernhard Bouzek).

Wir ersuchen um Spenden – diese können laut Bescheid des zuständigen Finanzamtes von der Steuer abgesetzt werden.

**Kto. Nr. 507 860 22463, BLZ 12000,
IBAN AT21 1200 0507 8602 2463,
BIC BKAUATWW**

18. Juli 2026
Internationaler
Nelson
Mandela
Tag

Leserbrief

zu INDABA 129/26

„Fair Trade?“ von Marcello Rossi und Stephan Hofstatter

Mit der Übernahme des Artikels von oxpeckers.org hat die INDABA-Redaktion ein wichtiges und brisantes Thema präsentiert, das die Schattenseiten und Problematik des Zertifizierungssystems am Beispiel der Fair-Trade-Weine aus Südafrika zeigt (80 Prozent aller Fair-Trade-Weine stammen aus Südafrika). Wenn Denile Samuel von „Women on Farms“ am Ende des Beitrag zusammenfassend sagt, dass Fairtrade eine „echte Stärkung der Position der Arbeiterinnen und Arbeiter“ nicht bewirkt hat und glaubt, dass das System sogar bestehende Hierarchien verstärkt, dann könnte, streng genommen, fast jeder Kauf einer Flasche Fairtrade-Wein aus Südafrika auch ein Beitrag zu den im Beitrag geschilderten ausbeuterischen Strukturen sein.

Was mir und befreundeten Leserinnen und Lesern deshalb im Heft fehlt, ist ein ergänzender Beitrag bzw. eine Positionierung von Fairtrade, z. B. von Fairtrade Österreich („Österreich unter den Top 3 der Fairtrade-Länder weltweit“, laut Jahresbericht 2025), auch wenn Wein nicht explizit in der österreichischen Fairtrade-Produktpalette vertreten ist. Dass Fairtrade viele positive Entwicklungen angestoßen hat, ist unbestritten. Der Beitrag zeigt allerdings überdeutlich das Versagen von Kontrollmechanismen auf den Weinfarmen Südafrikas (nur dort?) und offenbart die dunklen Seiten des Strahlelabels Fairtrade. Das unbekürzte Original des Beitrags ist als ergänzende Lektüre unbedingt zu empfehlen.

Dr. Gerhard Gensch (Achtrup, BRD)

3 Zyklone und Überschwemmungen

Schwere Schäden in Madagaskar,
Moçambique und Südafrika



BRICS-Pespektiven 11

12 Ernährungskrise in Südafrika

Gewerkschafter: Hunger wird gemacht!

14 Bizarrer Streit vor den Wahlen

Mimi Amaichigh zur Entwicklung in Zambia

Leo XIV. in Angola 16

18 Postkoloniale Touren

Genozid-Aufarbeitung in Windhoek und Swakopmund

Nachruf auf Reg Austin 21

IMPRESSUM: **Herausgeber und Medieninhaber (Verleger):** Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). E-Mail: office@sadocc.at. URL: www.sadocc.at. **Druck:** Medienfabrik Graz. **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1070 Wien). **Layout:** Dechant Grafische Arbeiten. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Mimi Amaichigh, Kurt Bayer, Sean Christie, Mduduzi Mathuthu, Theresa Mertens, Walter Sauer, Martin Sturmer, Zwelinzima Vavi. **Fotos:** Basler Africa Bibliographien, Ahmed Kathrada Foundation, Julia Runge, Walter Sauer, Shared History Tours, Lydia Williams, www. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 5. Juni 2026. **Konto:** BACA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BAWAATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Johann Gattringer; Ingeborg Grau; Helmuth Hartmeyer; Peter Jankowitsch; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Adalbert Krimms; Kirsten Rütter; Godwin Schuster.

Leben zwischen Zyklonen

Menschen in Beira – und Stürme, die nie enden

Sechs Jahre, nachdem der Zyklon „Idai“ Beira heimgesucht hat, sind die Wunden der Stadt noch immer nicht verheilt. Als sich im Februar im Indischen Ozean ein neuer Sturm zusammenbraute, traf Sean Christie (Mail&Guardian) auf eine Stadt, die in einem Zustand des Wartens auf die nächste Katastrophe gefangen war. Bedingt durch den Klimawandel nehmen Anzahl und Stärke der Wirbelstürme im südöstlichen Afrika zu.

Ich liege auf einem kurzen Bett in einer stickig heißen Wohnung in Beira und schaue mir den Wetterbericht an. Dort sehe ich, daß die tropische Störung vor der Westküste Madagaskars zu einem moderaten tropischen Sturm namens *Gezani* hochgestuft wurde. Es ist noch zu früh, um zu sagen, ob sich *Gezani* verstärken wird. Die Regierungen Madagaskars und Moçambiques sind darüber zweifellos besorgt, und das aus gutem Grund: Ende Jänner forderte der Zyklon *Fytia* in Madagaskar mindestens zwölf Todesopfer und zwang fast 2.000 Menschen zur Flucht. Etwa zur gleichen Zeit wurden mehr als eine halbe Million Moçambikaner durch weitreichende Überschwemmungen im Süden des Landes vertrieben, nachdem es in den Einzugsgebieten der Flüsse Limpopo, Umbeluzi und Incomati frühzeitig zu sehr starken Regenfällen gekommen war.

Während sich 1.500 Kilometer entfernt ein neuer Sturm zusammenbraut, sind wir hier, um die Folgen eines Zyklons zu untersuchen, der Beira am 15. März 2019 fast von der Landkarte gefegt hätte: *Idai* (INDABA 102/19). Jeder hat eine Geschichte über *Idai* zu erzählen. Alberto Muanido z. B., der mich am Flughafen in einem



Idai 2019: Zehntausende vertrieben, hunderte tot

hellblauen Golfhemd mit dem Akronym des von ihm geleiteten *Comité para Saúde de Moçambique* (CSM) empfängt, hatte in den Tagen vor *Idai* eine Schulung geleitet. Ein internationaler Teilnehmer hatte nach einem Blick auf Wetter-Apps der restlichen Gruppe geraten, die Stadt zu verlassen. „*Wir sind aber hier an Stürme gewöhnt, daher war niemand sonderlich beunruhigt*“, erinnert sich Muanido. „*Er flog alleine ab, und zuvor machten wir vor einem mehrstöckigen Gebäude an der Küste noch ein Gruppenfoto. Am nächsten Tag stand dort kein Gebäude mehr.*“

Seit *Idai* nehmen die Einwohner von Beira die SMS-Warnungen der moçambikanischen Katastrophenschutzbehörde – des *Instituto Nacional de Gestão e Redução do Risco de Desastres* (INGD) – ernst. Muanido und sein Team haben im vergangenen Jahr mit dem Projekt „*The impact of extreme weather events on the mental health of vulnerable populations in Africa*“ (Wema) zusammengearbeitet und nach Menschen gesucht, in denen *Idai* unbehandelte psychische Wunden hinterlassen hat. Hilario Dario ist einer der Teilnehmer dieses Projekts. Als *Idai* zuschlug, war

in Südafrika

seit 30 Jahren. Hubschrauber kamen zum Einsatz, um abgeschnittene Bewohner und Touristen zu evakuieren. Die N1 bei Worcester mußte in der Nacht auf den 12. Mai wegen gefährlicher Bedingungen gesperrt werden, wie das *Western Cape Disaster Risk Management Centre* bekanntgab. Auch der Chapman's Peak Drive wurde geschlossen. Das Provinzdepartement für Infrastruktur berichtet von Straßen, die durch Überschwemmungen, weggespülte Abschnitte, umgestürzte Bäume, Geröll und Steinschlag unpassierbar wurden.

Die Flußpegel bereiten zusätzliche Sorgen. Der Clanwilliam-Staudamm hat 103 Prozent seiner Kapazität erreicht, alle Schleusen sind geöffnet. Der Breede River führt bei Swellendam 1.655 Kubikmeter pro Sekunde – ein kritischer Wert, der die Gemeinden flußabwärts bedroht.

Im Eastern Cape berichteten Behörden von Erdbeben, die Zufahrtsstraßen im Gebiet der Garden Route District Municipality blockierten. Unwetterwarnungen wurden ebenfalls für den Northern Cape ausgegeben. Über die genaue Schadenslage in Free State, North West und Mpumalanga lagen noch keine vollständigen Lageberichte vor.

In Kapstadt wurden mehr als 10.000 Gebäude beschädigt, 26 informelle Siedlungen standen unter Wasser. Betroffene Gebiete reichten von Khayelitsha und Hout Bay bis nach Lwandle, Nomzamo und Franschoek. Eskom arbeitet an der Wiederherstellung der Stromversorgung, wobei schwer zugängliche Gebiete die Arbeiten verlangsamen.

Während Präsident Ramaphosa von der Notwendigkeit sprach, die Möglichkeiten der staatlichen Krisenintervention zu verbessern, sprach die für das Siedlungswesen zuständige Ministerin, Thambi Nkadimeng, in der zweiten Kammer des Parlaments von einer verbreiteten Resistenz der Bevölkerung, gefährdete Siedlungen zu verlassen und in sicherere Gegenden umzuziehen. Sie bezog sich auf Vorfälle in Lamontville (KZN) und Mthatha (Eastern Cape), wo sich 2025 viele Familien gegen eine Umsiedlung durch die Behörden gewehrt hatten, was zu Todesfällen und verbreiteter Obdachlosigkeit führte. *„Wir verfügen nicht über die Befugnisse zur Zwangsumsiedlung, die die Apartheidregierung hatte, und wir wollen sie auch nicht“*, so Nkadimeng. *„Ich werde niemals Menschen mit schreienden Kindern gegen ihren Willen in einen Lastwagen packen und sie irgendwo anders hinbringen, selbst wenn ich zwanzig Mal nach Lamontville fahren müßte. Wir müssen mit den Bewohnern ins Gespräch kommen und ihnen die Gefahr vor Augen führen, in der sie sich befinden, bis wir akzeptable Lösungen finden.“*

scheinlichkeit, daß er Madagaskar verläßt, in den Kanal von Moçambique eintritt und Ende der Woche auf das Festland trifft. Wir machen uns auf den Weg nach Mandruzi, einem Umsiedlungsgebiet für Familien, die durch Idai ihr Zuhause verloren haben. Es liegt in der Nähe von Dondo, am Rande der Púngue-Auen, ist jedoch etwas höher gelegen und gilt als sicher vor Überschwemmungen. Die Häuser sind ein Sammelsurium aus Bungalows von UN-Habitat, Einzimmerbauten, die im Rahmen des staatlichen Wiederaufbauplans mit Mitteln der Weltbank errichtet wurden, und größeren Häusern, welche die katholische Kirche organisierte.

Anita Orlando Atmando Assumate sitzt vor einem der Zelte. Nachdem die Winde und Fluten des Zyklons Idai ihr Haus im tief gelegenen Balança zerstört hatten, suchten sie und ihre Familie Zuflucht in einer nahegelegenen Schule, wo Männer und Frauen getrennt untergebracht und mit Zelten versorgt wurden. Ihr Zelt fing um 3 Uhr in der Früh Feuer, und sie konnte gerade noch rechtzeitig mit einem Kind fliehen, während sie das andere zurücklassen mußte. In einem Sturm sind es nicht nur Wasser und Wind, die töten. Assumate wachte im Krankenhaus auf, nachdem ihr Kind beerdigt worden war. Später schloß sie sich ihrem Mann und den überlebenden Kindern in einem Zimmer in ihrem alten Viertel an, und schließlich wurden sie nach Mandruzi umgesiedelt.

Nicht alle, die ihr Zuhause verloren, erhielt ein neues. So Delfina Katarina, deren Haus in Massamba unter der Wucht von Idai einstürzte. *„Als der Sturm kam, fing ich an, zusammen mit einer meiner Töchter ‚Não morrerei, Não morrerei‘ (Ich werde nicht sterben) zu singen“*, erzählt Katarina und summt leise den Refrain eines

Hauses ein und tötete seine Kinder.“ Sechs Monate lang verfolgten ihn die Ereignisse jener Nacht in seinen Träumen, und jahrelang stritt er ständig mit seiner Frau, seinen Kollegen und Freunden. Nachdem er am Wema-Projekt teilgenommen hatte, erhielten Sousa und Sara beide eine psychologische Betreuung, die bis heute andauert. „Das hat alles verändert. Jetzt kann ich darüber sprechen, was passiert ist, ohne zu weinen“, sagt er, doch mit einem Blick auf die Wand seines neuen Hauses fügt er hinzu: „Ein Haus kann man wieder aufbauen, aber ein Kind bekommt man nicht zurück.“ Unsere letzte Station für heute ist das Haus von Vasco Cumbe, einem Psychiater aus Maputo, der mittlerweile in Beira lebt, wo er als Direktor des Zentrums für Gesundheitsforschung und -ausbildung am Beira-Krankenhaus tätig ist. Er ist zudem der leitende Forscher für den moçambikanischen Teil des Wema-Projekts. Cumbes Haus befindet sich in einem weiteren neuen Stadtteil von Ndunda, der auf sumpfigem Land errichtet wurde, das speziell für Mitarbeiter des Gesundheitswesens bereitgestellt wurde. In den letzten zehn Jahren haben er und einige seiner Kollegen nach und nach ihre Häuser gebaut, und wie alle Einwohner von Beira versuchen sie das Wasser abzuwehren, das auf unbebauten Grundstücken aufsteigt und Teiche bildet, die mit blühenden Seerosen bedeckt sind. „Damit das Wasser hier nicht an den Wänden hochsteigt, muß das Fundament sechs Meter tief reichen“, sagt er und fügt schnell hinzu, daß er sich mittlerweile nicht mehr vorstellen könne, woanders zu leben. „Beira ist ein guter Ort, die Menschen sind sehr freundlich, und aus Sicht der öffentlichen Gesundheit ist es das Labor des Landes – viele der Modelle, die



Psychiater Vasco Cumbe (Gesundheitsministerium von Moçambique) mit Brad Wagenaar (University of Washington)

derzeit in unserem System verwendet werden, wurden hier entwickelt“, sagt er, obwohl er bestimmte Mängel in seinem eigenen Fachgebiet offen anspricht. „Die psychische Gesundheit ist ein Thema, für das man sich in Moçambique schon immer einsetzen mußte. Unsere Maßnahmen werden zwar besser, aber es gibt immer noch viele Lücken, und das Verständnis der Auswirkungen von Naturkatastrophen auf die psychische Gesundheit ist eine davon. Tatsächlich ist unser Wissen über die Verbreitung häufiger psychischer Erkrankungen im Allgemeinen sehr begrenzt, selbst in den Städten, und je weiter man sich von den Zentren entfernt, desto weniger Fachkräfte für psychische Gesundheit gibt es und desto weniger wissen wir“, sagt Cumbe. Cumbe war Teil eines Forscherteams, das 15 peer-reviewte Studien auswertete, die sich mit den Auswirkungen des Klimawandels auf die psychische Gesundheit in Subsahara-Afrika befassen. Zwar konzentrierte sich keine dieser Studien speziell auf Moçambique, doch ergab sich in der Auswertung derselbe starke Zusammenhang zwischen Überschwemmungen, psychischen Belastungen, posttraumatischen Belastungsstörungen und anderen psychischen Erkrankungen, den

sie vor Ort feststellen konnten. In Beira sind seit Idai sechs Jahre vergangen, und Cumbe sagt, daß es immer noch „eine ganze Reihe von Menschen gibt, die um Hilfe rufen und damit kämpfen, psychische Probleme zu überwinden. Nach Gesprächen mit einigen dieser Menschen ist mir klar geworden, daß über die unmittelbaren Notfallmaßnahmen hinaus gezieltere, gemeindefaszierte Interventionen erforderlich sind“, so Cumbe.

12. Februar: Der Zyklon Gezani hat 80 % von Toamasina zerstört. Letzte Nacht zog der Sturm auf westlicher und südlicher Bahn in den Kanal von Moçambique ein, woraufhin das moçambikanische Wetteramt die Provinz Sofala als gefährdetes Gebiet auswies. Weil ich die Möglichkeit dazu habe, verlasse ich das Land und ändere mein Ticket auf einen früheren Rückflug. Beim Abheben habe ich das Gefühl, nicht nur ein einzelnes, sondern eine ganze Ansammlung der jüngsten Wetterereignisse hinter mir zu lassen – und zwar nicht in der Vergangenheitsform, sondern noch lebendig, eingebettet in die körperlichen Verletzungen und seelischen Narben von Tausenden und Abertausenden von Beirões. Am Freitag, dem 13. Februar, verfehlte der Zyklon Gezani zwar Beira, streifte jedoch Inhambane, tötete vier Menschen und zerstörte viele Häuser. Eine Nachricht von Muanido trifft ein: „Unsere Gebete wurden erhört, der Zyklon befindet sich in der südlichen Zone. Wir hoffen, daß er nicht wieder umkehrt, so wie es Zyklon Freddy vor zwei Jahren getan hat! Lol.“ ■ ■

Der Beitrag erschien am 16. März im südafrikanischen Mail&Guardian und wurde von der Redaktion übersetzt und gekürzt.

enge Verstrickungen höchster SAPS-Verantwortlicher in kriminelle Syndikate zu überprüfen. Mkhwanazis dokumentarisch belegte Enthüllungen wurden in weiterer Folge von General Fannie Masemola sowie dem Leiter der Ermittlungsabteilung der Kriminalpolizei, Dumisani Khumalo, bestätigt. Demzufolge soll ein effizient organisiertes Kartell in Gauteng namens „Big Five“ mit Unterstützung höchst-rangiger Verantwortlicher der Polizei, einzelner Ministerien und staatlicher Betriebe sowie der Justiz für Drogenhandel, Entführungen, staatlicher Auftragskorruption und gezielten Ermordungen verantwortlich sein. Als Schlüsselperson wurde der mittlerweile verhaftete und zahlreicher Verbrechen beschuldigte „Geschäftsmann“ Cat Matlala genannt. Unmittelbar nach den ersten Hearings der Kommission schickte Ramaphosa seinen ebenfalls beschuldigten Polizeiminister auf „Sonderurlaub“. Zahlreiche weitere Kommandanten oder hochrangige Funktionäre wurden in Folge suspendiert bzw. verhaftet, gerichtliche oder polizeiinterne Untersuchungen laufen.

Warnung vor Erdölkorruption in Namibia. Angesichts der erwarteten Funde von Erdöl und Erdgas vor der südnamibischen Küste warnte der ehemalige Landwirtschafts- und Finanzminister Calle Schlettwein, der Öl- und Gasreichtum des Landes dürfe nicht in die Hände einer kleinen Elite fallen. Vielmehr sei ein Mehr Rechenschaftspflicht und Transparenz erforderlich, während sich das Land darauf vorbereite, von seinen natürlichen Ressourcen zu profitieren.

Wie Schlettwein erklärte, habe die exklusive Wirtschaftszone Namibias im Atlantik zusammen mit den Ansprüchen des Landes auf den Festland-

sockel das Potential, die natürlichen Ressourcen des Landes – sowohl erneuerbare als auch nicht erneuerbare – nahezu zu verdoppeln. *„Diese Chance ist einfach zu groß, um nur in die Hände einiger weniger zu fallen.“* Schlettweins Statement wird von Beobachtern im Kontext von Verhandlungen zwischen der namibischen Regierung und den interessierten Ölkonzernen – *Chevron, Total, Rhino Resource* (Südafrika) u. a. – interpretiert, bei denen es um die Zuteilung von Lizenzen sowie um Aktien- und Gewinnanteilen geht. Daß entgegen früheren Ankündigungen von den Firmen bei der *Namibia International Energy Conference* im April keine endgültigen Investitionsentscheidungen bekanntgegeben wurden, deutet darauf hin, daß dabei noch keine Einigung erzielt wurde. Damit steht allerdings auch das Ziel der namibischen Wirtschaftspolitik, das erste Erdöl 2030 zu fördern, in Frage.

Letzter Zimbabwe Bird restituiert. Südafrika hat im Rahmen einer historischen Rückführungszereemonie die letzten der als „Chapungu“ bekannten Vogelfiguren aus Soap Stone aus Great Zimbabwe offiziell an Zimbabwe übergeben. Die Übergabe, initiiert vom südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaphosa, fand nur wenige Tage vor den Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag Zimbabwes am 18. April statt.

Der Chapungu ist der letzte und wohl bedeutendste von acht Specksteinvögeln, die während der Hochphase der kolonialen Plünderungen im späten 19. Jahrhundert aus der Ruinenstadt entfernt wurden. Die erste Skulptur war an Cecil John Rhodes verkauft worden – ein Geschäft, das den Beginn eines fast 140-jährigen Exils für diese als heilige

Symbole der zimbabwe'schen Identität, Spiritualität und Souveränität geltenden Kunstwerke markierte.

Die Vogelfiguren wurden jeweils aus einem einzigen Steinblock in Great Zimbabwe geschnitzt, der Stadt, die zwischen dem 11. und 15. Jahrhundert blühte und der modernen Nation ihren Namen gab. Sie haben eine tiefe spirituelle und politische Bedeutung. Der Zimbabwe Bird nimmt heute einen prominenten Platz auf der Nationalflagge und im Wappen des Landes ein. Die meisten Figuren wurden nach der Unabhängigkeit 1980 durch diplomatische Bemühungen und internationale Zusammenarbeit nach Zimbabwe zurückgebracht. Nun ist dieses Kapitel abgeschlossen.

Südafrika erklärte, die Übergabe bekräftige sein Engagement, gemeinsam mit anderen afrikanischen Staaten dafür zu sorgen, daß das Kulturerbe des Kontinents gewürdigt, geschützt und schließlich an die Gemeinschaften zurückgegeben wird, denen es geraubt wurde.

Free Marwan Barghout! Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa hat als erstes amtierendes Staatsoberhaupt den international verbreiteten Aufruf zur Freilassung des 2002 von Israel verhafteten und 2004 in einem unfairen Prozeß zu lebenslänglicher Haft verurteilten Palästinenserführers Marwan Barghouti unterzeichnet. Die Kampagne war 2013 von seiner Frau Fadwa und Nelson Mandelas ehemaligem Mitgefangenen Ahmed Kathrada in Mandelas ehemaliger Zelle in Robben Island gestartet worden. Sie wird mittlerweile von zahlreichen Prominenten weltweit, selbst in Israel, unterstützt. Barghouti war Mitglied einer radikalen Fraktion innerhalb der *Fatah* und galt als Konkurrent Yasser Arafats. Nach mehreren Verhaftungen pro-

filierte er sich als Anführer der Intifada-Aufstände, hielt jedoch an der Idee der Zwei-Staaten-Lösung fest. Mehrfach verglich er den antikolonialen Kampf der Palästinenser mit dem Befreiungskampf in Südafrika. Nach zwei Jahrzehnten der Gefangenschaft gilt Barghouti heute als einigender Faktor der Palästinenser und wird deshalb vielfach als „palästinensischer Nelson Mandela“ bezeichnet.



Die Unterstützung der Kampagne für seine Freilassung durch Ramaphosa wurde von der Ahmed Kathrada-Stiftung in Johannesburg begrüßt. „Diese Unterschrift darf nicht symbolisch sein“, so ihr Sprecher Anele Gwabe (<https://www.kathradafoundation.org/2026/04/27/freedom-day-ahmed-kathrada-foundation-welcomes-president-ramaphosas-signature-on-the-free-marwan-barghouti-pledge/>). „Dies ist ein Aufruf an alle Regierungen, Prinzipien über Schweigen zu stellen, indem sie die weltweite Kampagne zur Freilassung von Barghouti unterstützen. Nelson Mandela und Ahmed Kathrada wußten, wozu das Gefängnis dient: Führer zu brechen, Bewegungen zu zerschlagen und Gemeinschaften durch Einschüchterung zur Unterwerfung zu zwingen. Doch der Kampf gegen die Apartheid hat gezeigt, daß anhaltender, organisierter internationaler Druck dazu beitragen kann, Gefäng-

nistüren aufzubrechen – und dieser Druck muß erneut mobilisiert werden.“ Die einschlägigen Aktivitäten der Kathrada-Stiftung werden von mehreren südafrikanischen Organisationen unterstützt, darunter der Leah und Desmond Tutu Foundation und der Nelson Mandela Foundation. Link zur Free Marwan Barghouti-Kampagne: <https://freemarwan.org/#take-action>.

Artenschutz – gute Resultate aus dem südlichen Afrika. Eine neue Studie unter Mitwirkung der Universität Pretoria kommt zu dem Schluß, daß die vielfach zitierten Behauptungen über einen weltweiten Rückgang der Wildtierbestände den Verlust der biologischen Vielfalt in Afrika überbewerten. Damit stellt sie eine der am häufigsten zitierten Behauptungen in globalen Umweltdebatten in Frage: daß Wildtierpopulationen in den letzten fünfzig Jahren um mehr als 70 % zurückgegangen seien. Gegenteilig argumentieren die Autoren auf der Grundlage detaillierter Daten, daß dieses Klischee eines Zusammenbruchs der Artenvielfalt in Afrika die Realität vor Ort nicht widerspiegelt – und wirksamen Artenschutzbemühungen sogar schaden könnte.

Stuart L. Pimm, Professor an den Universitäten von Pretoria und Duke (North Carolina) und Hauptautor der in „Science Advances“ veröffentlichten Studie (www.science.org/doi/10.1126/sciadv.aee6950) kommt zu dem Ergebnis, daß viele Arten, die als Symbol für den weltweiten Rückgang der Vielfalt angeführt werden, dort stabil sind oder sogar zunehmen, wo sie angemessen geschützt und bewirtschaftet werden. Als ein Beispiel führt er den Elefanten an: „75 % der Savannenelefanten leben im südlichen Afrika – womit wir den Bereich von der Mitte Tanzanias bis nach Süden

meinen –, und ihre Zahl ist sogar etwas höher als vor 25 Jahren“.

Globale Biodiversitätskennzahlen wie der *Living Planet Index* (LPI) seien schon aus methodischen Gründen „unangemessen und irreführend“. Zwar gebe es kurzfristige Schwankungen bei den Beständen von Zebraarten und Spitzmaulnashörnern, die jedoch eher auf die Schwierigkeit zurückzuführen sind, genaue Zählungen durchzuführen, als auf einen tatsächlichen Bestandsrückgang. Würden längere, robustere Daten untersucht, ergebe sich ein differenzierteres Bild: Einige Arten seien stark rückläufig, insbesondere dort, wo Wilderei und Lebensraumverlust nach wie vor intensiv sind, während andere Arten stabil seien oder sich dank aktiver Naturschutzmaßnahmen erholten hätten. Im südlichen Afrika drehe sich die Debatte daher zunehmend um das Management von Bestandsgrößen und nicht mehr nur um die Verhinderung des Aussterbens, so Pimm. „Im Krüger-Nationalpark erwägt man die Bestandsreduktion bei Elefanten, im Addo-Nationalpark werden die Tiere mit Verhütungsmitteln behandelt, und in Botswana drohte man sogar damit, Tausende ins Ausland zu verschiffen, um auf Beschwerden wegen der Jagd zu reagieren.“

Pauschale Behauptungen über einen Rückgang der Wildtierbestände in der Region seien „böswillig“, so Pimm. „Sie stellen die bemerkenswerten Erfolge in Frage, die Südafrika und seine Nachbarländer beim Schutz der Artenvielfalt erzielt haben und sind zutiefst beleidigend.“

Sklavenhandel verurteilt. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat 25. März 2026 mit überwältigender Mehrheit eine Resolution verabschiedet, in der der transatlanti-

sche Sklavenhandel als „schwerstes Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ bezeichnet wird. UN-Generalsekretär Antonio Guterres begrüßte das Abstimmungsergebnis und erklärte, der Reichtum vieler westlicher Nationen sei „auf gestohlenen Leben und gestohlener Arbeitskraft aufgebaut“.

Unter Hinweis auf die „barbarischen Strafen, mit denen die Kontrolle aufrechterhalten wurde – von Fesseln und Eisenkragen bis hin zu Auspeitschungen und sexueller Gewalt“ sagte er, es habe sich „nicht einfach um Zwangs-

arbeit“ gehandelt. „Es war ein System der Massenausbeutung und der gezielten Entmenschlichung von Männern, Frauen und Kindern. Die Wunden sitzen tief und bleiben oft unerkannt.“ Die von Ghana eingebrachte und von den afrikanischen und karibischen Ländern unterstützte Resolution ist zwar nicht rechtsverbindlich, doch Analysten sagen, sie sende eine starke Botschaft aus. „Es ist politisch gesehen bereits ein riesiger und bedeutender Schritt, diese Debatte bei der UNO zu führen, auch wenn sie

eher symbolischen Wert hat“, sagte Almaz Teffera, leitende Expertin für Rassismus bei *Human Rights Watch*. Sie meint, dies könne die Chancen auf Fortschritte bei Diskussionen über finanzielle Reparationen oder eine andere Form der Entschädigung erhöhen. Die Resolution wurde mit 123 Stimmen angenommen, drei Staaten (die USA, Israel und Argentinien) stimmten dagegen. 52 Länder enthielten sich der Stimme, darunter alle EU-Mitgliedstaaten, also leider auch Österreich. ■

BRICS or No BRICS

Während Trump Mitte Mai Xi Jinping in Beijing besuchte, trafen sich in Neu Delhi die Außenminister der BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) plus 6 neue Mitglieder (Ägypten, Äthiopien, Iran, Saudi Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Argentinien), sowie 6 Interessentenländer (darunter Vietnam und Nigeria), um den herbstlichen Gipfel der Staats- und Regierungschefs vorzubereiten. Daß sie alle von Premierminister Modi empfangen wurden, zeigt schon, daß dieser Gipfel ernst genommen wird. Auch die Außenminister Irans, der Emirate, sowie Saudi Arabiens, die sich ja in einem nicht deklarierten Kriegszustand befinden, nahmen teil. Dies zeigt schon, daß es dieser Ländergruppe gelingt, trotz massiver Interessenkonflikte kooperative Gespräche zu führen. Aufgrund dieser und anderer Interessenkonflikte gelang es nicht, ein gemeinsames Communiqué zu beschließen, jedoch wohl eine kürzere Mitteilung des Gastgeberlandes Indien über Punkte, bei denen Einstimmigkeit erzielt wurde. Trotz des Eingeständnisses unterschiedlicher

Standpunkte und der Tatsache, daß die Länder von WTO-widrigen protektionistischen Wirtschaftsmaßnahmen unterschiedlich betroffen seien, wurde die Bedeutung des Multilateralismus, einer gemeinsamen Brics-Sicherheitsarchitektur, des Dialogs bei Konflikten, der Notwendigkeit einer neuen globalen gerechteren Wirtschaftsarchitektur, einer Reform der Bretton Woods-Institutionen sowie der New Development Bank, der gemeinsamen Entwicklungsbank der Brics-Länder für die Welt, hervorgehoben. Ebenso wurde der Ruf nach einem gerechteren Zahlungssystem, nach gemeinsamen Anstrengungen bei der Künstlichen Intelligenz sowie bei modernen Kommunikationssystemen betont. Der früher häufig erschallte Ruf nach einer gemeinsamen Währung als Gegengewicht zum Dollar blieb diesmal aus. Die Brics-Länder sehen sich als Hort der Stabilität und der Zusammenarbeit in einer Welt der Unsicherheit und Fragilität. Der Ruf nach der Freiheit des Schiffsverkehrs (besonders wichtig für die asiatischen Länder), sowie nach Beendigung der Kampf- und Besetzungshandlungen in Gaza, Westbank und Libanon wurde einstimmig unterstützt. Ägypten forderte weitere Kooperation und bot an,

einen gemeinsamen Lagerhafen für Getreideexporte in Port Said zu eröffnen. Mit der *New Development Bank* und anderen Institutionen sei man bereit, vor allem den Schwellen- und Entwicklungsländern eine mächtige gemeinsame Stimme zu geben. Es scheint, daß nach Jahren der Deklarationen die Öffnung für weitere Mitglieder sowie die Aktivitäten der Entwicklungsbank einen weiteren Schritt für eine effektivere Vertretung des „Globalen Südens“ darstellen. Zwar fehlen weiterhin gemeinsame Institutionen, die Kontinuität und Bündelung der Stimmrechte in den Internationalen Institutionen erleichtern könnten, doch ist es bemerkenswert, daß Staaten so verschiedener Interessen weiter an solchen weiteren Schritten arbeiten. Meine frühere Skepsis gegenüber den vollmündigen Ankündigungen dieser Ländergruppe bedarf einer neuerlichen Überprüfung. Der Herbstgipfel in Delhi wird zeigen, wie weit man schon ist. ■

Kurt Bayer ist WIIW Senior Research Associate und WIFO Emeritus Consultant mit dem Schwerpunkt internationale Finanz- und Wirtschaftspolitik. Seine laufenden Kommentare erscheinen auf <https://kurtbayer.wordpress.com>

reichsten Länder des afrikanischen Kontinents sterben Kinder an Hunger und Unterernährung.

Gleichzeitig steigen die Lebensmittelpreise weiter an: Maismehl, Speiseöl und Grundnahrungsmittel sind in den letzten Jahren dramatisch verteuert worden, während Gemüse, Erdäpfel und Eiweiß für arme Haushalte immer unerschwinglicher werden.

Und während Arbeiter und Arbeitslose leiden, bereichern sich die Manager/innen weiter.

Der Geschäftsführer von *Shoprite* verdient Berichten zufolge mehr als 87 Millionen Rand im Jahr, während sich viele Beschäftigte im Einzelhandel die Lebensmittel, die sie verpacken, transportieren und verkaufen, nicht leisten können. Das ist nicht nur Ungleichheit. Das ist organisierte wirtschaftliche Gewalt.

Die Reichen sprechen von „Marktvertrauen“, während die Arbeiter von leeren Töpfen sprechen. Und wir müssen ehrlich sein: Diese Krise ist nicht vom Himmel gefallen. Sie ist das Ergebnis jahrzehntelanger neoliberaler Politik: Privatisierung, Deindustrialisierung, Prekarisierung, Leiharbeit, Lohndrückung, Sparpolitik und die Zerstörung menschenwürdiger Arbeit. Feste Arbeitsplätze wurden durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse ersetzt. Junge Menschen wurden einer Wirtschaft der Arbeitslosigkeit und Hoffnungslosigkeit überlassen. Heute hat Südafrika eine der höchsten Jugendarbeitslosenquoten der Welt. Deshalb



fordert die Sektion 77 der *Südafrikanischen Gewerkschaftsföderation* (Saftu) massive öffentliche Investitionen in Jugendbeschäftigungsprogramme, Lehrstellen, handwerkliche Ausbildung, Industrialisierung und sozial nützliche öffentliche Arbeiten, um jungen Menschen Arbeit, Qualifikationen und Hoffnung statt Verzweiflung zu geben. Und weil diejenigen, die das Sagen haben, den Zorn der hungernden Massen fürchten, schüren sie nun die Suche nach Sündenböcken. Sie wollen, daß arme Südafrikaner/innen die Migrant/inn/en für Arbeitslosigkeit und Hunger verantwortlich machen. Doch die Arbeiter kennen die Wahrheit. Nicht die Einwanderer haben Fabriken zerstört. Nicht die Einwanderer haben Sparmaßnahmen verordnet. Nicht die Einwanderer haben Hungerlöhne geschaffen. Nicht die Einwanderer haben Kommunen und staatliche Unternehmen ausgeplündert. Das Problem ist ein Wirtschaftssystem, das Profit über Menschenleben stellt. Deshalb sagen wir, daß der Kampf gegen den Hunger untrennbar mit dem Kampf für menschenwürdige Arbeit, existenzsichernde Löhne und wirtschaftliche Gerechtigkeit verbunden ist.

Wir fordern daher:

- Ein sofortiges Grundeinkommen

von mindestens 1.500 Rand pro Monat für Arbeitslose und erwerbstätige Arme;

- eine Anhebung aller Sozialleistungen auf mindestens die Ernährungsarmutsgrenze;
- eine Regulierung der Lebensmittelpreise und Maßnahmen gegen Wucher;
- massive öffentliche Beschäftigungsprogramme;
- Unterstützung für Kleinbauern, Genossenschaften und informelle Händler;
- ein Ende der Sparmaßnahmen;
- ein umfassendes Programm zur Industrialisierung und zur Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze.

Wir lehnen eine Gesellschaft ab, in der Arbeiter/innen Wohlstand produzieren, aber in Armut leben. Wir lehnen eine Gesellschaft ab, in der Kinder hungern, während Milliarden obszönen Reichtum und protzigen Konsum zur Schau stellen. Und wir warnen: Keine Gesellschaft kann stabil bleiben, wenn Millionen hungern. Die Geschichte lehrt uns, daß Hunger irgendwann zu Wut wird. Und Wut wird irgendwann zu Widerstand. Nahrung ist kein Privileg für die Reichen. Nahrung ist ein verfassungsmäßiges Recht.

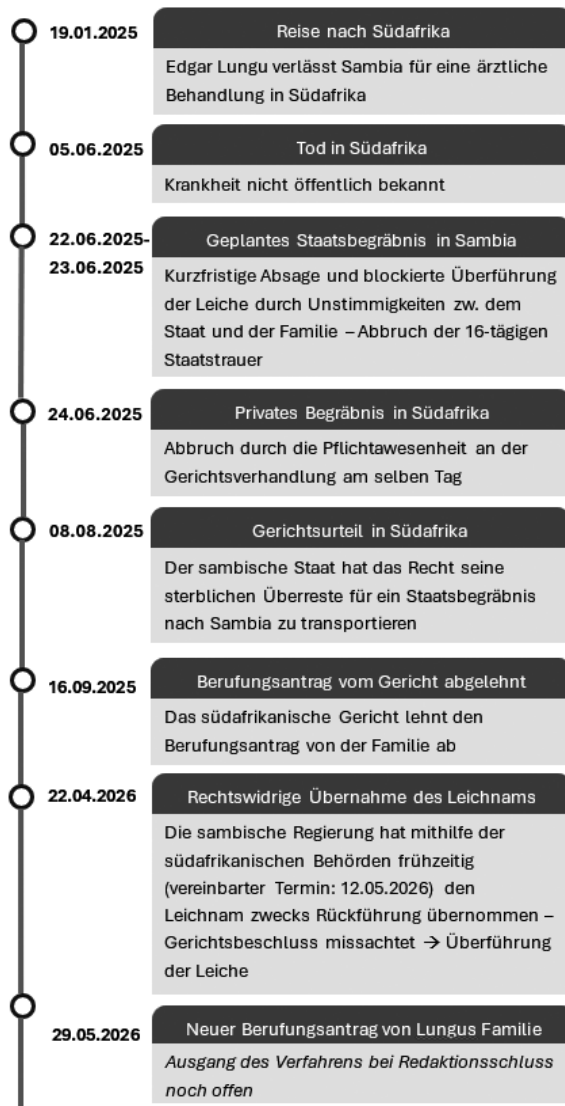
Zwelinzima Vavi ist Generalsekretär der South African Federation of Trade Unions (Saftu), des zweitgrößten südafrikanischen Gewerkschaftsverbandes. Sein Beitrag erschien am 28. Mai 2026 im *Daily Maverick* (www.daily-maverick.co.za/opinionista/2026-05-28-hunger-is-economic-violence-inflicted-daily-on-sas-poor/?dm_source=blocks-list-item&dm_medium=card-link&dm_campaign=inform).

die Ruhestandsbezüge entzogen, seine Ehefrau und seine Tochter wurden wegen Betrugsvorwürfen im Zusammenhang mit Immobiliengeschäften festgenommen. Lungu erklärte, er werde schikaniert und faktisch unter Hausarrest gestellt, um eine Rückkehr in die Politik zu verhindern – Vorwürfe, die die Regierung zurückweist.

Während seiner anschließenden Erkrankung warf Lungus Lager den Behörden vor, seine Ausreise zur medizinischen Behandlung in Südafrika zu behindern, was Regierungsstellen bestritten. Anfang 2025 reiste er schließlich aus – Berichten zufolge, indem er ein Ticket direkt am Flughafenschalter kaufte. Ärzte erklärten später, seine Prognose wäre besser gewesen, wäre er früher gekommen. Vor seinem Tod soll er Verwandten gesagt haben, Hichilema solle seinem Leichnam nicht nahekommen. Die Familie Lungus lehnte daher ein von Hichilema angebotenes Staatsbegräbnis in Zambia ab und entschied sich für eine Beisetzung in Südafrika.

Der Streit landete vor südafrikanischen Gerichten, die sich über Lungus Wünsche hinweg auf die Seite der zambischen Behörden stellten – ein Urteil, das de facto die Rolle des derzeitigen Präsidenten gegenüber den Wünschen der Familie stärkte. „Selbst wenn ein Präsident den

Wunsch äußert, kein Staatsbegräbnis zu erhalten, muß ein solcher Wunsch vom öffentlichen Interesse überlagert werden“, sagte der südafrikanische Gerichtspräsident Aubrey Ledwaba in dem Verfahren. Die Gegenseite, die die Familie verteidigt, verweist darauf, dass Lungu vor seinem Tod die präsidentiellen Bezüge entzogen worden seien und damit sowohl sein Anspruch auf ein Staatsbegräbnis bzw. die Verpflichtung auf dessen Durchführung entfallen sei. Ein langes juristisches Hin und Her führte zu einer



Erbitterte Konkurrenten: Lungu und Hichilema

bis heute andauernden Pattsituation, die letztlich in der jahrelangen Rivalität zwischen beiden Politikern wurzelt. Weitere Entwicklungen dürften neue Rechtsstreitigkeiten nach sich ziehen. Der Kampf um Lungus sterblichen Überreste mag bizarr erscheinen, doch findet seine Anordnung bei vielen Zambierinnen und Zambiern Anklang und wirft schwierige ethische Fragen auf.

Mit den für 13. August 2026 angesetzten Wahlen ist Zambias politische Zukunft zudem von einer geschwächten, zerstrittenen Opposition geprägt. Die PF steckt seit 2021 in Fraktionskämpfen mit zahlreichen Akteuren, die um die Kontrolle ringen – was der regierenden UPND trotz öffentlicher Unzufriedenheit über die Wirtschaftslage und demokratischen Rückschritt Vorteile verschafft. Ohne Lungus einigende Wirkung dürfte die PF-Grabenkämpfe noch zunehmen.

Oppositionsbündnisse stottern. Die *United Kwacha Alliance* verlor 2024 an Schwung, nachdem große Parteien, darunter die PF, ausstiegen.

Das derzeitige Bündnis *Next Tonse Alliance* („Allianz wir alle“) gibt sich breit aufgestellt, doch die Aussichten sind schwach: Die Hürde von 50 Prozent plus einer Stimme im Präsidentschaftsrennen ist ohne geschlossenen Block schwer zu nehmen, und die Marke PF bleibt eng mit Lungus Fähigkeit verknüpft, die Partei zu einen.

Fortsetzung auf Seite 22

Leo XIV. in Angola

Papst beklagt Ausbeutung und Sklaverei

Am achten Tag seiner Afrikareise besuchte Leo XIV. am 20. April 2026 ein wichtiges Zentrum der angolischen Diamantenindustrie. In der Stadt Saurimo in der Bergbauprovinz Lunda Sul feierte er einen Gottesdienst unter freiem Himmel mit zehntausenden Menschen. Nach seiner Rückkehr nach Rom bat der Papst um Vergebung für die Mitschuld der Kirche an der Sklaverei.

In seiner Predigt in der Großstadt Saurimo verlangte der Papst eine gerechtere Verteilung der natürlichen Reichtümer des Kontinents. „Wir sehen heute, daß viele Sehnsüchte von Gewalttätern zunichtegemacht, von Despoten ausgenutzt und von Reichtum getäuscht werden.“ Ungerechtigkeit verderbe jedoch die Herzen.

Die 520.000-Einwohner-Stadt in Angolas Landesinnerem gehört zu den Zentren der Diamantenindustrie. Der jahrzehntelange Bürgerkrieg nach der Unabhängigkeit von Portugal 1975 wurde mit den Einnahmen aus dem Diamanten- und Ölgeschäft finanziert. Bis heute leidet die Bevölkerung unter den Spätfolgen. Die Unterschiede zwischen Arm und Reich sind weiterhin enorm (INDABA 128/25).

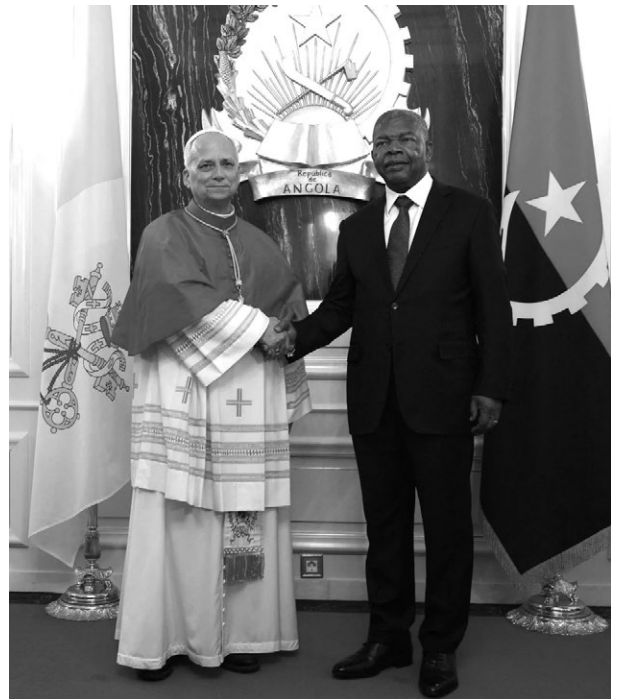
Tags zuvor hatte der Papst bei einem Gottesdienst in Kilamba rund 100.000 Menschen zur Versöhnung aufgerufen. Auch knapp ein Vierteljahrhundert nach dem Ende des längsten afrikanischen Bürgerkriegs sei Angola ein verwundetes Land. Es dürste nach Hoffnung, Frieden und Geschwisterlichkeit, so das Kirchenoberhaupt. Der Bürgerkrieg von 1975 bis

2002 habe das Land gezeichnet und wirke bis heute nach in Zwierrat und Spaltung, in der Verschwendung von Ressourcen sowie in der anhaltenden Armut.

am selben Abend sprach Leo XIV. im Marienheiligtum von Muxima das Thema der Sklaverei an, welche – häufig legitimiert von der katholischen Kirche – die Geschichte Angolas jahrhundertlang geprägt hat. Muxima südöstlich der Hauptstadt Luanda hatte bis ins späte 19.

Jahrhundert eine wichtige Rolle als Umschlagplatz im Sklavenhandel Richtung Brasilien gespielt. Die aus dem 17. Jahrhundert stammende Kirche wurde in der portugiesischen Kolonialzeit gebaut. Viele Sklaven wurden dort vor ihrer Überfahrt nach Amerika getauft. Seit etwa 200 Jahren ist die Kirche am Fluß Kwanza das

Zentrum einer besonderen Marienfrömmigkeit. Nach einem Rosenkranzgebet mit rund 30.000 Zuhörerinnen und Zuhörern sprach der Papst davon, in Muxima hätten „seit Jahrhunderten so viele Männer und Frauen gebetet, in freudigen Momenten, aber auch in traurigen und sehr schmerzlichen Zeiten der Geschichte dieses Landes“.



Leo XIV. und Staatspräsident João Lourenço

Angesichts des Umstands, daß – laut US-amerikanischen Ahnenforschern – zu Leos Vorfahren auch schwarze Sklaven gezählt haben sollen, wurde diesen Worten in Angola ebenso besonderes Gewicht beigemessen wie den entsprechenden Passagen in der am 25. Mai veröffentlichten ersten Enzyklika des Papstes, Magnifica Humanitas.

Von europäischen Kommentator/inn/en weitgehend überlesen, geht Leo XIV. hier im Zusammenhang mit der „modernen Sklaverei“ der künstlichen Intelligenz auch auf die historische Sklaverei sowie die Mitschuld der Kirche daran ein: *„Es ist wahr, daß vergangene Ereignisse nicht ahistorisch beurteilt werden können, so als ob die im Laufe der Zeit gereiften Kriterien schon immer zur Verfügung gestanden wären. Dennoch können wir die Verzögerung nicht leugnen oder herunterspielen, mit der die Kirche und die Gesellschaft die Geißel der Sklaverei verurteilt haben.“* Achtzehn Jahrhunderte lang sei es (dem Apostolischen Stuhl) nicht gelungen, die völlige Unvereinbarkeit der Sklaverei mit der Würde jedes Menschen festzustellen. *„Dies ist eine Wunde im christlichen Gedächtnis, die wir als unsere ansehen müssen. Es ist unvermeidlich, tiefen Schmerz angesichts des enormen Leidens und der Demütigung zu empfinden, die die Sklaverei für so viele Menschen bedeutete und ein Gegensatz zu ihrer grenzenlosen und vom Herrn unendlich geliebten Würde war. Dafür bitte ich im Namen der Kirche aufrichtig um Vergebung.“* (Nr. 176).

Die dunkle Seite der KI

In seinem Lehrschreiben „Magnifica humanitas“ geht Papst Leo XIV auch auf die Gefahren der Künstlichen Intelligenz (KI) und der Entwicklung Autonomer Waffensysteme (AWS) ein. *„Der Heilige Stuhl hat kürzlich festgestellt, daß die zunehmende Leichtigkeit, mit der operationell autonome Waffensysteme eingesetzt werden können, Krieg ‚durchführbarer‘ macht und ihn weniger der menschlichen Kontrolle unterwirft. Daher ist es nicht zulässig, tödliche oder jedenfalls irreversible Entscheidungen künstlichen Systemen anzuvertrauen. Es existiert kein Algorithmus, der Krieg moralisch vertretbar machen könnte. Jede Technologie, die es einfacher macht, anzugreifen, ohne das Gesicht des anderen zu sehen, senkt die moralische Schwelle des Konflikts.“* (Nr. 197).

Autonome Waffen sind seit Jahren ein Reizthema für Diplomatie und Zivilgesellschaft. Mit Entwicklung und Fertigung von unbemannten Flugobjekten (Drohnen) sowie unterwasser- und landgestützten ferngesteuerten Systemen hat sich Krieg grundlegend geändert. Die Entwicklung führt nicht zum menschenleeren Kriegsschauplatz, sondern fordert mehr denn je einen hohen Blutzoll. Eine neuerliche Revolution in der Kriegstechnik ist im Gange. Künftig werden AWS selbstständig aufgrund von Algorithmen entscheiden, ob sie angreifen und töten. Dies wäre ein Überschreiten einer roten Linie des Humanitären Völkerrechts. Irrtum und damit menschliche Tragödien sind höchst wahrscheinlich. Eine weitere Problematik wären KI-gestützter Einfluß auf den Einsatz von Atomwaffen.

Neben der Zivilgesellschaft, die gegen „Killer-Roboter“ mobilisiert, bemühen sich Diplomaten/innen auf UNO-Ebene um die Verhinderung des Überschreitens der genannten roten Linie. 2023 koordinierte Österreich die erste Resolution der UNO zu Autonomen Waffensystemen. Im April 2024 fand in Wien eine Konferenz zum Thema „Humanitäre Folgen und Regulierung von AWS“ statt, bei der 900 Teilnehmer/innen aus 142 Staaten, von internationalen Organisationen, Industrie und Zivilgesellschaft das Thema diskutierten. Südafrika tritt für ein AWS-Verbot im Rahmen der Konvention gegen besonders inhumaner Waffen (CCW) ein, wie es die UN-Generaalversammlung schon mehrfach gefordert hat. Ende 2026 soll eine Überprüfungskonferenz zum CCW stattfinden.

Manfred Sauer

Manfred Sauer ist SADOCC-Vorstandsmitglied und Chefredakteur von betrifft friedens.

Laidlaw führt uns weiter über den Friedhof. Dort, wo die Grenze zwischen Friedhof und Namib-Wüste zu verschwimmen scheint, zeichnet sich ein riesiges Areal mit tausenden kleinen Hügeln ab. Die Hügel markieren Gräber. Laidlaws Miene wird ernster, Trauer steht ihm ins Gesicht geschrieben. Er bittet uns, jeweils einen kleinen Stein aufzuheben, während wir uns schweigend einem Monument nähern, das mitten in der scheinbar endlosen unmarkierten Grabstätte steht.



Laidlaw Peringanda vor dem Marine-Denkmal in Swakopmund

Vor dem Denkmal kniet Laidlaw nieder und legt den Stein behutsam ab – ein Zeichen des Respekts und der Achtung vor all jenen, die hier in flachen Gräbern unter dem Sand begraben liegen. Es sind die Opfer eines der dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte.

Laidlaw berichtet, daß Vertreter/innen der Ovaherero- und Nama-Communities hier erst 2007 ein Denkmal errichteten, an dem bis heute Gedenkfeiern stattfinden. Die Inschrift des Monuments wurde 2020 nochmals korrigiert. Heute erinnert es an die tausenden Ovaherero und Nama, die während des Genozids durch die deutschen Kolonialtruppen in Swakopmund in Konzentrationslagern interniert wurden und dort an Hunger, Zwangsarbeit, sexueller Gewalt und Krankheiten starben.

Laidlaw erzählt, daß seine Urgroßmutter in einem Konzentrationslager in Swakopmund interniert war. Als Kind habe er ihren Geschichten zugehört, sie jedoch lange für Fabeln gehalten. Die Erzählungen seien so grausam gewesen, daß er nicht begreifen konnte, daß diese Dinge tatsächlich passiert waren. Erst als er selbst an diesen Ort kam, habe er verstanden, daß seine Urgroßmutter über das Konzentrationslager und den Völkermord sprach.

„Als ich zum ersten Mal an diesen Gräbern stand, bin ich zusammengebrochen“, sagt Laidlaw. Viel generationales Trauma sei ihm vererbt worden. Trotzdem möchte er, daß mehr Menschen über diese Geschichte lernen.

Aus diesem Grund eröffnete Peringanda auch sein eigenes Genozid-Museum im Swakopmunder Township Matutura.

Mit Archivmaterialien, Fotografien und Dokumenten aus der Kolonialzeit dokumentiert er dort die Verbrechen der Kolonialzeit. „Ich habe das Museum gegründet, damit die wahre Geschichte Swakopmunds erzählt wird“, sagt er. Große Teile der Infrastruktur der Stadt seien von Gefangenen der Konzentrationslager errichtet worden – dennoch werde darüber bis

heute kaum gesprochen. Mit dem Museum wolle er einen Ort schaffen, der die Geschichte erfahrbar macht und die Gewalt der deutschen Kolonialherrschaft dokumentiert.

aktivismus scheint in Laidlaws Familie zu liegen. Hosea Kutako, ehemaliger Paramount Chief und Oberhaupt der Ovaherero sowie eine zentrale Figur des namibischen Widerstands und Unabhängigkeitskampfes, war sein Onkel. Einige hundert Kilometer weiter östlich, in Namibias Hauptstadt Windhoek, ist Kutako auch eine zentrale Figur der *Freedom Fighter Tour* des Touranbieters *Shared History Tours*.

Konzipiert wurde die Tour von Ningiree Kauvee und ihrer Kollegin Rikumbi Kandanga. Ningiree arbeitet als Tourleiterin und Tourkoordinatorin bei *Shared History Tours*.

„Viele Touren in Namibia stellen die Menschen während Namibias Kolonialisierung zu passiv dar“, sagt sie. „Es wird erzählt, daß die Deutschen hier waren oder die Apartheid stattgefunden hat – aber nicht, wie viel Widerstand es gab und daß die Menschen sich gewehrt haben“. Genau das habe sie motiviert, selbst als Guide zu arbeiten. „Als Nachfahrin der Überlebenden des Völkermords sehe ich es als meine Verantwortung, Geschichte stärker aus der Perspektive der betroffenen Gemeinschaften zu erzählen.“

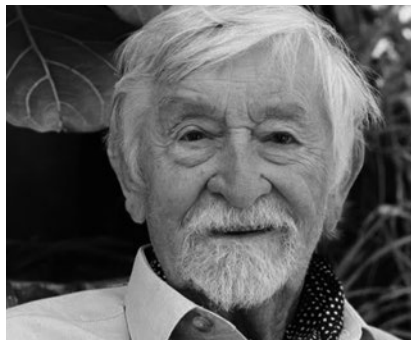
Reg Austin verstorben

Seine Analyse der Entwicklungen im unabhängigen Zimbabwe (Originalbeitrag in INDABA 108/20) wird heute weltweit beachtet. Reg Austin, Beiratsmitglied von SADOCC, starb 91-jährig am 23. April 2026. Wir bringen einen Nachruf von Mduduzi Mathuthu.

Reg war einzigartig, eine seltene Ausnahmeerscheinung. Im Jahr 2019 schrieb ich über ihn und Jeremy Brickhill, zwei weiße Freiheitskämpfer, die an der Seite der ZAPU/ZIPRA gegen das rassistische Regime in Rhodesien kämpften. Was ich damals nicht erwähnte und worüber ich nun angesichts seines traurigen Ablebens schreibe, ist sein inspirierender Einfluß, seine Freundschaft und seine Mentorenschaft sowie unsere berufliche Verbindung über die Jahre hinweg.

Obwohl er viele Jahre lang ein Genosse meines Vaters in der ZAPU war, traf ich ihn zum ersten Mal an der Universität von Zimbabwe, als ich im ersten Jahr meines Jusstudiums war. Später wurde er auch mein Freund. Ich scherze gerne, daß ich alle weißen Freunde meines Vaters geerbt habe (Reg, Jeremy Brickhill, David Coltart).

Er war 1991 mein Professor für Verfassungsrecht und fungierte zwischen 1982 und 1992 als Gründungsdekan der nach der Unabhängigkeit eingerichteten juristischen Fakultät an der Universität von Zimbabwe. Er verschwendete keine Zeit damit, sich vorzustellen und seine tiefe Freundschaft zu meinem Vater zu erklären. Als ich meinem Vater sagte,



ich wolle Luftwaffenpilot werden, erhielt ich eine schallende Ohrfeige. Er sagte, ich solle lieber Matura machen und dann Jus studieren. Da war ich nun also in der juristischen Fakultät seines Freundes – er muß überglücklich gewesen sein.

Er verließ die Fakultät allerdings plötzlich, um auf persönlichen Wunsch des damaligen UN-Generalsekretärs Boutros Boutros-Ghali zwischen 1992 und 1993 als Wahlleiter der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen in Kambodscha zu dienen. Während der vier Jahre meines Jusstudiums schaute er ab und zu an der Fakultät vorbei, doch das Schicksal führte uns Jahre später über Luke Mhlaba wieder zusammen, mit dem er bei der UN-Mission in Kambodscha gedient hatte, wo sie dem Land beim

Übergang von der grausamen Herrschaft der Roten Khmer halfen. Von 1993 bis 1998 war Reg als Direktor für Rechts- und Verfassungsangelegenheiten im Commonwealth-Sekretariat tätig und unterstützte 1994 als Leiter der Wahlkomponente der Mission der Vereinten Nationen in Südafrika (UNOMSA) den Übergang Südafrikas von der Apartheid zur Demokratie. Ich selbst wurde im Jahr 2000 zur UN-Mission in Osttimor entsandt, und Reg zeigte stets großes Interesse an meiner damals noch jungen juristischen Karriere bei der UN und insbesondere an der Arbeit, die wir leisteten, um dem jungen und gerade unabhängig gewordenen Land dabei zu helfen, seine gewalttätige Vergangenheit zu verarbeiten – ganz ähnlich, wie er es zuvor in Kambodscha getan hatte. Er behielt alles im Blick, schickte E-Mails, gab unaufgefordert Ratschläge und schwelgte in Erinnerungen an seine verstorbenen Kameraden. Später kam er 2007 auch nach Osttimor, um die Wahlen zu beaufsichtigen, nachdem ich bereits abgereist war.

Wir trafen uns wieder in Kabul, Afghanistan, wo er zwischen 2003 und 2004 mit der Leitung der UN-Wahlmission betraut war. Ich leitete bereits

die Arbeit der UN beim Wiederaufbau des Justizsystems für das UNDP und konnte ihn auf den neuesten Stand bringen. Wir hatten eine wunderbare Zeit und viele lebhaftes Abendessen zusammen inmitten einer wahrhaft turbulenten Zeit, in der Reg die politische Unterstützung der UN für die ersten Wahlen in Afghanistan nach dem 25-jährigen Bürgerkrieg leitete.

Während der Regierung der nationalen Einheit wurde Reg von Mugabe in die *Menschenrechtskommission von Zimbabwe* (ZHRC) berufen. Kurz nachdem ich zur *Open Society Initiative for Southern Africa* (OSISA) gekommen war, meldete er sich erneut bei mir, diesmal um um Unterstützung zu bitten – er beklagte, daß die ZHRC praktisch keine Unterstützung von der Regierung erhalte. Das war nicht überraschend, denn Mugabe hatte sich nie wirklich dafür begeistert und wollte wahrscheinlich, daß sie scheiterte, so wie die *Nationale Friedens- und Versöhnungskommission* (NPRC), die später in der Verfassung von 2013 verankert wurde und ebenfalls kaum Mittel erhielt. Reg trat schließlich aus Protest zurück.

2013 bis 2023 war er Vorsitzender des *Zimbabwe Institute*, einer Organisation unter der Leitung meines Bruders Isaac Maphosa, mit der ich viele Jahre lang zusammengearbeitet und die ich unterstützt habe. Im Jahr 2020 fühlte ich mich geschmeichelt, als er mir aus heiterem Himmel das wunderschönste Video schickte, das an seinen 60. Hochzeitstag mit Olive erinnerte. Das fast 10 Minuten lange Video ist ein Kaleidoskop ihres gemeinsamen Lebens. Ich sah es mir nach seinem Tod am 23. April an und entdeckte Dinge, die ich damals übersehen hatte.

Er meldete sich immer seltener. Während der Corona-Pandemie war das noch ausgeprägter, aber er blieb in Kontakt. Er blieb so lange aktiv, wie er konnte, und brachte seine Erfahrung, seine Weisheit und seinen Rat in die Zivilgesellschaft, die juristische Wissenschaft, die Friedenssicherung, die Friedensstiftung, die Menschenrechte – und in alles andere, was er konnte – ein.

Ich sprach mit Luke Mhlaba, der ebenfalls in der ZAPU gedient hatte und sein akademischer, juristischer und UN-Schützling wurde, so wie ich später Lukes Schützling wurde, und wir waren uns einig, daß wir Reg so ehren müssen, wie er es verdient.

Wenn es jemals einen Helden der nationalen Befreiung Zimbabwes und zugleich einen internationalen Helden gab, dann war es Professor Reg Austin. Ein weißer Mann, der den nicht ganz einfachen Weg wählte, gegen andere weiße Männer zu kämpfen, um eine Gesellschaft der Rassengleichheit für die schwarze Bevölkerung Zimbabwes zu schaffen. Ein Revolutionär und internationaler Friedensstifter, der den Nationen helfen wollte, sich nach verheerenden Konflikten wieder aufzubauen und zu erholen. Ein Mentor, Vater, Wegweiser, Inspiration und Licht.

Ruhe in Frieden, Reg, wie wir dich nannten und wie du es bevorzugtest, von uns genannt zu werden, ungeachtet deines väterlichen Status und deiner Rolle. Unser tiefstes Beileid gilt seiner Frau Olive, seinen Töchtern und seinem Enkelkind. Wir teilen euren Verlust. Danke, daß ihr Reg mit uns allen geteilt habt.

Mduduzi Mathuthu ist Herausgeber der Internetzeitung zimlive.com.

Fortsetzung von Seite 15

Die Geschichte mahnt ebenfalls: 2006 blieb die *United Democratic Alliance* nach dem plötzlichen Tod des damaligen Spitzenkandidates Anderson Mazoka deutlich hinter den Erwartungen zurück, während Levy Mwanawasa seinen Vorsprung ausbaute.

Die anstehenden Wahlen werden zeigen, ob sich die Geschichte wiederholt.

Historisch gesehen wechselte Zambia 1991 vom Einparteien zum Mehrparteiensystem, führte regelmäßige, glaubwürdige Wahlen durch und stärkte die Bürgerbeteiligung, die Gewaltenteilung und den Schutz individueller Rechte. Im vergangenen Jahrzehnt jedoch ist der Trend eher ernüchternd. Das Vertrauen in Institutionen ist gesunken, die Wahrnehmung von Korruption und Ungleichheit gestiegen, und wirtschaftliche Belastungen – von höheren Lebenshaltungskosten über Arbeitslosigkeit bis zu Defiziten bei grundlegenden Diensten – haben zugenommen. Dennoch bleibt das Bekenntnis zur Demokratie stark. Die Bevölkerung steht mehrheitlich hinter Wahlen und der Begrenzung auf zwei Amtszeiten des Präsidenten und fühlt sich in der Lage, frei zu wählen und zu sprechen – auch wenn die Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie seit ihrem Höchststand nach 2021 leicht gesunken ist.

Wahrscheinlich wird das Wahlergebnis im Herbst zu keiner grundsätzlichen Richtungsänderung in der Politik führen. Eher geht es darum, ob es in der nächsten Periode eine starke Opposition im Land geben wird.

Gewerkschaften in Namibia

Herbert Jauch, **Workers, Trade Unions and Politics in Namibia. A Long Journey of Resistance** (Basel, Basler Afrika Bibliographien 2026). 168 Seiten.

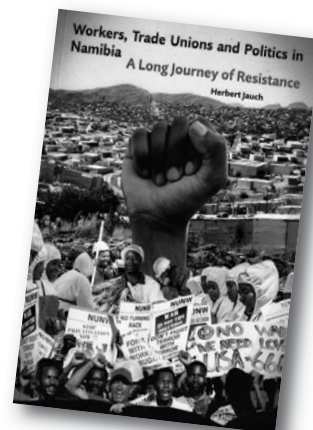
anlässlich eines Österreich-Besuchs auf Einladung der *Österreichischen Namibia-Gesellschaft* und des *Institut für Historische Sozialforschung* der Arbeiterkammer stellte Herbert Jauch im vergangenen Jahr die Grundzüge seines Buchs in der FAKTory, der Buchhandlung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, vor (INDABA 126/25). Vor kurzem ist das Buch erschienen – ein Standardwerk zur Geschichte der namibischen Gewerkschaftsbewegung seit der Unabhängigkeit 1990.

Im Mittelpunkt steht die *National Union of Namibian Workers* (NUNW), die während des Kampfes für die politische Unabhängigkeit und für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen eine herausragende Rolle spielte.

Seit den frühesten Tagen trugen die namibischen Arbeiter/innen die Hauptlast der Kolonialherrschaft und der Eroberung. Da ihnen ihr Land und ihre Lebensgrundlage genommen wurden, wurden sie zur Lohnarbeit gezwungen und mußten entmenslichende und ausbeuterische Bedingungen erdulden. Die Arbeiter/innen waren jedoch nicht nur Opfer – sie wehrten sich, und ihr Widerstand reicht bis in die Zeit vor der Gründung der Gewerkschaften zurück. Eine besonders bemerkenswerte Errungen-

schaft war der Generalstreik von 1971/72. Slogans wie „*Odalate nayi teke*“ („*Laßt uns den Draht durchtrennen*“, in Anspielung auf das System der Leiharbeit), „*Gemeinsam stehen wir, getrennt fallen wir*“ und „*A luta continua*“ („*Der Kampf geht weiter*“) veranschaulichen ihre Kämpfe für Befreiung und Emanzipation.

Die erwarteten Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen im unabhängigen Namibia wurden allerdings, so Jauch, durch das Ausbleiben eines strukturellen sozialen und wirtschaftlichen Wandels behindert. Die Beschränkung der Arbeiterkämpfe auf betriebliche Belange, losgelöst von strukturellen Veränderungen, beschränkte die Gewerkschaften auf eine untergeordnete Rolle innerhalb eines tripartiten Systems. Sie wurden auf die Rolle eines Juniorpartners reduziert, während die Schaffung eines unternehmerfreundlichen Umfelds zur nationalen politischen Priorität erhoben wurde. Trotz des Kampfes gegen Maßnahmen wie Privatisierung, Leiharbeit und Exportverarbeitungs-zonen nahm der Einfluß der Arbeitnehmer/innen kontinuierlich ab. Das Buch untersucht einige der beteiligten internen und externen Faktoren, etwa die neoliberale Wirtschaftspolitik, die niedrige Gewerkschaftsmitgliedschaft, die Frage der parteipolitischen Zugehörigkeit, interne Spaltungen, den Verlust der Arbeitnehmerkontrolle und den „ideologischen Selbstmord“ durch Gewerkschaftsinvestitionen in kapitalistische Unternehmen. Abschließend stellt Jauch einige Optionen für die heutige namibische Arbei-



terbewegung vor, darunter neue Formen des gewerkschaftlichen Engagements im Rahmen sozialer Bewegungen.

Herbert Jauch, mit SADOCC seit den 1990er Jahren eng verbunden, war 30 Jahre lang in verschiedenen Funktionen für namibische Gewerkschaften tätig. Er war Gründungsdirektor des gewerkschaftlichen *Labour Resource and Research Institute* (LaRRI) und einer der Gründer des *African Labour Research Network* (ALRN). Jauch war maßgeblich an der Entwicklung eines Diplomstudiengangs im Bereich Arbeitsrecht für namibische Gewerkschafter beteiligt und gehörte seit deren Gründung der *Basic Income Grant Coalition* an.

Heute ist er Vorsitzender des *Economic and Social Justice Trust* in Windhoek. Die Veröffentlichung des Buches wurde u. a. von der *Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies* finanziell unterstützt.

... sadocc news ...

Von Soweto nach Salzburg.

Anlässlich des 50. Jahrestags des Soweto-Aufstands veranstalteten das Afro-Asiatische Institut, das Friedensbüro und *afrika.info* in Salzburg die Reihe „Soweto 50“. Den Auftakt bildeten die Eröffnung der Ausstellung „Bilder des Widerstands“ sowie eine Podiumsdiskussion mit Walter Sauer, Anna Hable-Mayer und Ruth Zehetner in der Katholischen Hochschulgemeinde (KHG). Moderiert wurde die Veranstaltung von Johannes Dafinger vom Fachbereich Geschichte der Universität Salzburg.

Die Wahl des Veranstaltungsortes war kein Zufall: In der KHG gründete Eva Enichlmayr am 11. März 1981 den Arbeitskreis Südliches Afrika. Aus diesem gingen später das Komitee Südliches Afrika und schließlich die Salzburger Regionalgruppe der *Anti-Apartheid-Bewegung* hervor.

Anna Hable-Mayer, die sich im Oktober 1982 der Salzburger Anti-Apartheid-Bewegung anschloß, erinnerte daran, daß die Kerngruppe lediglich aus zehn Personen bestand. „Es war sehr mutmachend zu sehen, daß auch wenige Menschen etwas bewegen können“, betonte sie. Dennoch entfaltete die Bewegung eine bemerkenswerte Wirkung. Neben zahlreichen Informationsveranstaltungen und Boykottaktionen blieb insbesondere das erfolgreich durchgesetzte Verbot des Krügerlands – einer in Salzburg massenhaft verkauften südafrikanischen Goldmünze – als bedeutender Erfolg in Erinnerung.

Walter Sauer, der damals regelmäßig in Salzburg zu Gast war, erläu-

terte die Hintergründe des Soweto-Aufstands. „Die Ausgaben für die Bildung weißer Kinder waren zehnmal höher als jene für die Mehrheitsbevölkerung“, erklärte der Historiker. Die Proteste seien Ausdruck eines neuen Selbstbewußtseins junger Südafrikaner/innen gewesen. Zwar habe die brutale Niederschlagung des Aufstands zunächst einen Rückschlag bedeutet, zugleich habe sie jedoch die internationale Solidaritätsbewegung nachhaltig gestärkt. „Soweto war eine Niederlage, die sich 1994 in einen Sieg verwandelt hat“, sagte Sauer. Die gebürtige Südafrikanerin Ruth Zehetner besuchte zur Zeit des Soweto-Aufstands eine Schule in Kapstadt. Sie wies darauf hin, daß auch in Townships wie Athlone bedeutende Proteste stattfanden, die heute weitgehend in Vergessenheit geraten seien. Mit Blick auf die Entwicklung Südafrikas nach Nelson Mandela zeigte sie sich jedoch enttäuscht: „Wir erleben leider einen *Brain Drain*. Viele gut ausgebildete Menschen verlassen das Land, weil sie keine Perspektive mehr sehen.“

Walter Sauer mahnte abschließend zu einer differenzierten Betrachtung der Situation. Trotz berechtigter Kritik an aktuellen Entwicklungen dürfe nicht übersehen werden, daß die damalige Situation auch in einer Katastrophe hätte enden können. „Es gab keinen Bürgerkrieg, Südafrika hat heute ein stabiles politisches System. In dieser Hinsicht ist Südafrika ein Erfolgsmodell – und wird es auch bleiben.“

Martin Sturmer

Solidarität mit Elsie. Der Aufruf von Franz Fluch im letzten Heft hat knapp 3.000 Euro an Spenden erbracht. Damit konnte ein Teil der Kosten für die neue Beinprothese des nunmehrigen Juristen Elsie da Cunha Almeida abgedeckt werden, der 2002 als vierjähriges Kind im Krankenhaus Mistelbach behandelt wurde.

Wir sagen allen Spenderinnen und Spendern herzlichen Dank!

SADOC-LESERZIRKEL. Lotte Rieder-Fraunlob, Elisabeth Huber und Julia Sonnleitner stellten unseren Leserkreis beim *African Book Festival* in Berlin vor, das vom 29. bis 31. Mai 2026 stattfand. Das nächste Treffen findet am Dienstag, den 21. Juli um 18.30 Uhr statt, diskutiert wird der Roman „Edo's Souls“ / „Eddos goldenes Lächeln“ (2018 auf Arabisch erschienen) von Stella Gaitano (Südsudan/D).

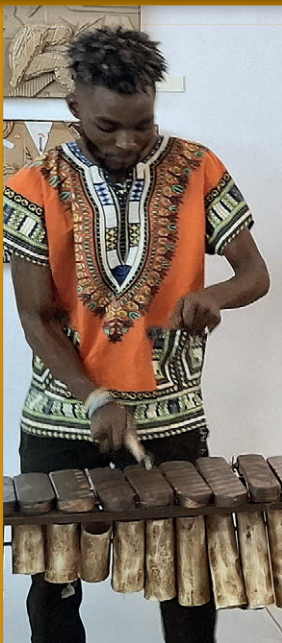
Anmeldung unter lotte.rieder@sadocc.at.

Todesfälle. Wir beklagen den Verlust zweier langjähriger SADOC-Mitglieder: Evelyn Dürmayer († 22. März in Buenos Aires) vertrat die *International Association of Democratic Lawyers* (IADL) bei den Vereinten Nationen in Wien.

Moritz Stroh war evangelischer Religionslehrer und letzter Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises für Weltmission vor dessen Auflösung († 24. März in Wien). Mehrmals referierte er in der SADOC-Bibliothek zu Zambia. Hamba Kahle!

Impressionen aus Windhoek

von Walter Sauer



Österreichische Post AG
PZ 22Z042795 P
SADOC, Favoritenstraße 38/18/1, 1040 Wien

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1



NELSON-MANDELA-TAG

18. Juli 2026

STATION 1 - 17:00 Nelson-Mandela-Platz

Eröffnung mit Schauspieler Francis Okpata

Kulturwanderung 17-19 Uhr
Jubiläumskonzert ab 19:30 Uhr

STATION 2 - 17:30 am DOCK Zaha-Hadid-Platz

Musik von Amidou Koita



© Casanova Stefan



© Tommy Hetzel

STATION 3 - 18:00 Elinor-Ostrom-Park

mit Schauspielerin Safira Robens

STATION 4 - 18:30 Kulturgarage

südafrikanische Gedichte von
Lindiwe Mabuza

STATION 5 - 19:00 Kulturgarage

Food & Drinks (SeestadtKantine)

19:30 Jubiläumskonzert

Fisherman & Friends



© Andreas Jackl



VHS
Donaustadt
wien3420
aspem development AG



SADOC
Dokumentation und Kooperationszentrum
Kulturelle Bildung

Aktuelle Infos unter sadocc.at

Bei Schlechtwetter findet das gesamte
Programm ab 17 Uhr in der Kulturgarage statt.